

**Schriftliche Stellungnahme des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz e.V.
zum Anhörverfahren im Ausschuss für Familie, Jugend, Integration und
Verbraucherschutz des Landtages Rheinland-Pfalz bezüglich des
Antrages der Fraktionen SPD, FDP und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
(Drucksache 17/2897 vom 26.04.2017) „Eigenständige Jugendpolitik in
Rheinland-Pfalz – eine gute Investition in die Zukunft unseres Landes“**

In Vorbereitung auf die Anhörung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz am 5. September 2017 wurde der Landesjugendring Rheinland-Pfalz e.V. um eine schriftliche Stellungnahme zum Antrag der Fraktionen SPD, FDP und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN „Eigenständige Jugendpolitik in Rheinland-Pfalz – eine gute Investition in die Zukunft unseres Landes“ gebeten. Der Landesjugendring kommt dieser Bitte gerne nach und kommentiert im Folgenden ausgewählte Punkte aus seiner Perspektive.

Der Landesjugendring begrüßt diesen Grundsatzantrag zur eigenständigen Jugendpolitik in Rheinland-Pfalz ausdrücklich, da dieser den angemessenen und wichtigen Stellenwert von Kindern und Jugendlichen in der rheinland-pfälzischen Gesellschaft verdeutlicht.

Die Jugendphase

Nachdem in den letzten Jahren der Fokus der Politik oft auf der Kindheit lag, rückt seit einigen Jahren die Jugend stärker in den Blick. Wie auch der 2. Kinder- und Jugendbericht des Landes Rheinland-Pfalz feststellt, ist der Abschnitt „Jugend“ eine eigenständige Lebensphase. Es ist die Phase, in der Jugendliche suchen und ausprobieren, um sich ihrer selbst und ihrer Verortung in ihrem Umfeld und in der Gesellschaft sicherer zu werden. Qualifizierungsprozesse und Selbstwirksamkeitserfahrungen helfen ihnen auf ihrem Weg zur Verselbstständigung. Laut dem 2. Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz geben ca. 70% der Jugendlichen (Vgl.: 2. Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz, S. 170) an, dass sie mit ihrem Leben zufrieden oder sehr zufrieden sind. Und trotzdem müssen *alle* Jugendlichen Entwicklungsprozesse zum Erwachsenwerden durchlaufen. Dabei müssen sie einen Umgang finden mit den Anforderungen, die von Gesellschaft, Schule, Familie, Umfeld und auch ihnen selbst gestellt werden. Wie auch die Autor*innen des 2. Kinder- und Jugendberichtes, plädieren wir daher dafür, dass **diese Leistung als solche anerkannt wird und Jugendliche dafür den Respekt erhalten, den sie verdienen.**

Gleichzeitig sind Jugendliche überdurchschnittlich häufig ehrenamtlich engagiert. Wir begrüßen sehr, dass dies inzwischen in Politik und Medien auch stärker wahrgenommen wird und die defizitorientierte Sichtweise auf Jugend langsam abnimmt.

Neben dem Fakt, dass sämtliche Erfahrungen des Entwicklungsprozesses natürlich höchst individuell gemacht werden, sind, wie auch Erwachsene, nicht alle Jugendlichen gleich.

Jugendliche in wirtschaftlich und strukturell schwachen Regionen erleben beispielsweise eine ganz andere Realität, als Jugendliche es im Zentrum einer Stadt mit all ihren Angeboten tun. Sie sind in vielerlei Hinsicht daher kaum vergleichbar. Dennoch kristallisieren sich natürlich ähnliche Problemlagen für jeweils Gruppen von Jugendlichen heraus, weswegen von „Jugenden“ gesprochen wird. Herkunftsfamilie, Wohnort, Bildungsmöglichkeiten, sexuelle Identität, soziales Umfeld, all diese Faktoren beeinflussen die Realität und die Entwicklung von Jugendlichen.

Parallel zu den individuellen Entwicklungsaufgaben wird das Aufwachsen von Jugendlichen durch gesellschaftliche Entwicklungen beeinflusst. Bereits in der Schule werden Jugendliche zunehmend mit den Anforderungen der Leistungsgesellschaft konfrontiert. Schon hier wird um die beste Ausgangsposition für gute Arbeitsplätze gerungen. Junge Menschen bekommen vermittelt: nur wer ständig Überdurchschnittliches leistet, habe eine Chance, den gewünschten Platz in der Gesellschaft zu finden. Dieser Eindruck wird häufig von den Jugendlichen so sehr verinnerlicht, dass er von ihnen nicht mehr angezweifelt wird.

Jugendliche nehmen wahr, dass die finanzielle Ausstattung der Herkunftsfamilie ihre Chancen für die Zukunft entscheidend beeinflusst. Kinder und Jugendliche aus von Armut betroffenen Familien haben beeinträchtigte Bildungschancen und damit auch schlechtere Startbedingungen für ihr eigenständiges Leben. Die Abstiegsängste und -erfahrungen der Eltern, zum Beispiel durch längerfristige Arbeitslosigkeit und somit Hartz IV-Bezug, machen auch vor ihren Kindern nicht halt. Junge Menschen erleben in unserem Bildungssystem, dass nach wie vor soziale Unterschiede bestehen bleiben anstatt ausgeglichen zu werden. Sie erleben in ihrem Elternhaus und ihrem sozialen Umfeld, dass der Abstieg nach unten sehr schnell geht, es aber nur sehr schwer möglich ist, aufzusteigen. Dies erzeugt in vielen Fällen Perspektivlosigkeit und das Gefühl, in starkem Maße abgehängt zu sein. Dieser gesellschaftliche Ausschluss ist unter anderem auch ein begünstigender Faktor für antidemokratische und extremistische Haltungen. Kinder und Jugendliche brauchen gute Startbedingungen zum gelingenden Aufwachsen. Hier richtet sich der Auftrag an die Politik, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und den **Menschen das Vertrauen in den Zusammenhalt der Gesellschaft wiederzugeben**.

Jugendliche verdienen Anerkennung für ihre (Entwicklungs-)Leistung und **Respekt** gegenüber ihren Bedürfnissen – wie alle Menschen. Wichtig wäre, ihnen auf Augenhöhe zu begegnen und sie als vollwertige Partner*innen in den gesellschaftlichen Gestaltungsprozess einzubeziehen. Viele Jugendliche verbringen einen Großteil ihres Alltags in der **Schule**. Ein Zeichen von Respekt wäre beispielsweise, einmal kritisch die Zustände an Schulen in den Blick zu nehmen. Dies erstreckt sich vom **Zustand der Gebäude** über die **Ausstattung**, die **Sauberkeit der Toiletten** hin zu angemessenen (**kleineren**) **Klassenstärken**.

Eigenständige Jugendpolitik

Eigenständige Jugendpolitik, wie sie von Landesjugendring und Jugendministerium verstanden wird, ist ein Prozess, der darauf abzielt, **Jugendpolitik** in Deutschland und Rheinland-Pfalz als ein **erkennbares Politikfeld mit einem eigenen Selbstverständnis** zu verankern.

Eigenständige Jugendpolitik denkt vom Standpunkt der Interessen und Bedürfnisse junger Menschen aus und macht diese zu ihren Inhalten. Sie betrachtet die entscheidende Lebensphase „Jugend“ als eigenständigen Lebensabschnitt unter Berücksichtigung aller Lebensbereiche. Eigenständige Jugendpolitik lässt sich deshalb nicht (länger) in Ressortzuständigkeiten unterteilen.

Eigenständige Jugendpolitik verbessert fortwährend ihre eigenen Inhalte und Bedingungen und misst ihr Wirken an den Verbesserungen für ein gelingendes Aufwachsen von Jugendlichen und jungen Menschen. Ziel dieses andauernden Prozesses ist die Entwicklung von Instrumenten und Strategien, wie eine eigenständige Jugendpolitik **ressortübergreifend und die föderalen Ebenen übergreifend** angelegt werden kann. **Die Bereitstellung von Mitteln für die Weiterentwicklung der Jugendstrategie halten wir daher für eine lohnende Zukunftsinvestition.**

Jugendstrategie JES!

Wir begrüßen ausdrücklich, dass das Land Rheinland-Pfalz trotz der Schuldenbremse über die aktuellen vier Förderprogramme im Doppelhaushalt 2017/2018 zusätzlich in die Kinder- und Jugendarbeit investiert. Jugend lebt und erlebt vor Ort, daher sind die Kommunen die zentrale Ebene der Jugendpolitik. Dies bestätigt auch der 2. Kinder- und Jugendbericht. Die Kommunen werden nun durch die Jugendstrategie JES! über die Förderung der Entwicklung kommunaler Jugendstrategien (Weiterentwicklung von PEP), die Förderung von Beteiligungsprojekten, die Förderung der Jugendarbeit im ländlichen Raum und der aufsuchenden Jugendsozialarbeit unterstützt.

Diese Programme sind ein wichtiger Schritt, aber nur ein erster Schritt, in Richtung des flächendeckenden Ausbaus der regulären Infrastruktur für alle Kinder und Jugendlichen.

Der vom Landtag in Auftrag gegebene 2. Kinder- und Jugendbericht stellt als ein zentrales Ergebnis fest, **dass Regelangebote der Jugendarbeit als Teil der öffentlichen Infrastruktur in Land und Kommunen zur Verfügung gestellt werden müssen.**

Da, wie oben bereits erwähnt, Jugendliche stärker als Erwachsene „vor Ort“ leben, heißt das, dass den Kommunen eine besondere Bedeutung in der Jugendpolitik zukommt. Dass es sich beim Vorhalten von Angeboten der Jugendarbeit laut SGB VIII um eine Pflichtleistung handelt, wird von vielen Kommunen mit dem Verweis auf mangelnde finanzielle Ausstattung in Frage gestellt. Neben der Jugendstrategie des Landes wäre es daher auch sinnvoll, angepasste Jugendstrategien in jeder Kommune im Land zu verankern. Diese entwickeln sich nicht von selbst, sondern benötigen Ressourcen – wie alle anderen Politikbereiche auch. Daher begrüßen wir das Förderprogramm der Landesregierung zur Entwicklung kommunaler Jugendstrategien prinzipiell. Im Ansinnen, dass alle wichtigen Akteur*innen der Jugendarbeit diese Strategie zur eigenständigen Jugendpolitik konsequent weiterverfolgen können, sind in einem nächsten Schritt nun **Investitionen in die Infrastruktur der Jugendarbeit** notwendig.

Generell halten wir es für sinnvoll, wenn sich zukünftige Programme **stärker an den Bedarfen orientieren**. Dies kann erreicht werden, indem die **Betroffenen in die Entwicklung einbezogen** werden.

Die Forderung der Autor*innen des 2. Kinder- und Jugendberichtes nach einer Festlegung, dass mindestens 5% der Gesamtausgaben für die Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe (laut Prof. Dr. Schraper waren es 2006 in Rheinland-Pfalz 4,6%; 2012 sogar nur noch 3,4%) für die Deckung der Bedarfe von Aufgaben der Jugendarbeit im engeren Sinne vorgesehen werden sollen, halten wir für einen ersten Schritt. Dennoch erscheint uns diese Forderung erstens durch die Festlegung auf 5% als willkürlich gewählt und wir gehen zweitens davon aus, dass 5% immer noch deutlich unter der Bedarfsdeckung liegen werden. Der Landesjugendring setzt sich daher für die **bedarfsgerechte Infrastruktur von Jugendarbeit** ein, die eine angemessene Ausstattung mit Fachkräften und Angeboten in Land und Kommunen beinhaltet. **Die bedarfsgerechte personelle Ausstattung der Träger der Jugendarbeit als Regelförderung** des Landes wäre hierbei ein erster Schritt.

Denn nicht zuletzt plädieren wir leidenschaftlich dafür, weg von der Projektförderung zu kommen. Auslaufende Projektmittel gehen einher mit sterbenden Projekten. Und ohne vorhandene Strukturen, zum Beispiel hauptamtliche Fachkräfte, ist die Durchführung und Abwicklung von Projekten in der Regel von vorn herein nicht möglich. **Dauerhafte Aufgaben – wie die der Jugendarbeit – müssen dauerhaft und planbar gefördert werden.**

Kinder- und Jugendberichte Rheinland-Pfalz

Der 2. Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz hatte sich die Lebensphase Jugend als Schwerpunktthema gesetzt. Dies haben wir ausdrücklich begrüßt. Durch die erstmalige Beteiligung und den Einbezug der Selbstauskünfte Jugendlicher am 2. Kinder- und Jugendbericht stand dieser Bericht Pate für den 15. Kinder- und Jugendbericht des Bundes.

Für den 3. Kinder- und Jugendbericht unterstützen wir das Ziel des Landtages einer regelmäßigen, regional differenzierten Berichterstattung unter Einbeziehung der Betroffenen – noch einmal mit dem Fokus auf die Jugend. Interessant wären bei diesem Bericht für den Landesjugendring und seine Mitgliedsverbände, **aussagekräftigere Erhebungen zu Engagement und Aktivitäten Jugendlicher in der Jugendverbandsarbeit** zu erhalten. Darüber hinaus würden wir weiterführende Forschung zur Frage des **Wohlbefindens von Schüler*innen an der Schule** und über die **Auswirkungen von Lern- und Leistungsdruck im Jugendalter** begrüßen.

Wirksame Beteiligung an demokratischen Planungs- und Entscheidungsprozessen

In einer Welt, in der Erwachsene Jugendlichen tatsächlich auf Augenhöhe begegnen, wäre die Beteiligung Jugendlicher in allen Lebensbereichen selbstverständlich. Jugend ist ein wichtiger Impulsgeber für die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland, in Rheinland-Pfalz und in den Kommunen. Immer wieder beweisen Jugendliche, dass sie konstruktiv an politischen, planerischen und zukunftsorientierten

Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen mitwirken können. Wichtig ist, **in allen Bereichen altersgerechte Methoden und Formen der Mitbestimmung und Mitgestaltung zu etablieren**. Beteiligungsprojekte, bei denen von vorn herein absehbar ist, dass sich nichts (im Sinne der Jugendlichen) verändern wird, werden von Jugendlichen in der Regel direkt durch Nicht-Beteiligung bestraft. Schlimmer sind allerdings Beteiligungsprojekte, bei denen attraktive Veränderungsmöglichkeiten in Aussicht gestellt werden – die Ergebnisse dann aber nicht umgesetzt werden. Das führt zu Recht zu extremer Frustration bei den beteiligten Jugendlichen und leider auch zu Politikverdrossenheit. **Die Beteiligung Jugendlicher ist bei der Planung aller Strukturen, Prozesse und Vorhaben von Anfang an mitzudenken**. Partizipation im Rahmen eigenständiger Jugendpolitik ist gebunden an die Bedingung ihrer **Wirksamkeit**: die Beteiligung von jungen Menschen soll zu konkreten Entscheidungen und Veränderungen führen, dies beinhaltet auch die Bedingung, dass Entscheider*innen auf politischer Ebene bereit sind, Gestaltungsmacht zu teilen. Gleichzeitig müssen in Fällen, in denen entweder nur bedingt Beteiligung möglich ist oder Prozesse sehr lange dauern, nachvollziehbare Transparenz hergestellt und Gründe und Zusammenhänge jugendgemäß erläutert werden.

Ein Zeichen von Respekt und tatsächlicher Beteiligung wäre auch die **Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei allen Wahlen**. Aus Beteiligungsprojekten wissen wir, wie ernsthaft junge Menschen sich auch im kommunalen Bereich mit politischen Fragestellungen auseinandersetzen und sich für ihre Ziele einsetzen. Die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei allen Wahlen wäre daher schlichtweg ein Zeichen von Respekt – das längst überfällig ist. In elf Bundesländern dürfen Jugendliche bereits ab 16 Jahren wählen.

Ehrenamt junger Menschen und Jugendverbände unterstützen

Für die Leistung der vielfältigen Entwicklungsaufgaben ist es für die Jugendlichen wichtig, neben den formellen Lernorten, wie beispielsweise der Schule, auch Freiräume für non-formale und informelle Bildung zur Verfügung zu haben - und auch völlig unverzweckte Räume.

Bei der non-formalen Bildung kommen nun die Jugendverbände ins Spiel. Jugendverbände bieten Jugendlichen Räume, um Erfahrungen zu machen, wie sie in der Schule oder im Elternhaus häufig nicht möglich sind. Diese Erfahrungen helfen den Jugendlichen u.a., die Fremd- und Selbstwahrnehmung zu schulen, das Zurechtkommen in der Gruppe zu üben, sowie die Übernahme von Verantwortung für sich und andere. Der Großteil der Jugendverbandsarbeit erfolgt ehrenamtlich, dennoch bedarf es einer flächendeckenden hauptamtlichen Struktur, die die Begleitung der Ehrenamtlichen abdeckt. Diese muss durch die **bedarfsgerechte Finanzierung der Bildungsreferent*innen** sichergestellt werden. Eine solche Ausstattung drückt die Wertschätzung des Engagements der Ehrenamtlichen aus, sodass diese sich voll und ganz auf die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen fokussieren können.

Neben diesen „allgemeinen“ Vorteilen der Jugendverbandsarbeit erfüllt sie zudem wichtige Aufgaben in der politischen Bildung. Im Gegensatz zum Sozialkundeunterricht ganz lebensnah und „nebenbei“.

Jugendverbände sind Werkstätten der Demokratie und damit ein immens wichtiger Player im Bereich Demokratiebildung. Der Deutsche Bundesjugendring formulierte es 2011 so: „Kinder- und Jugendverbände sind Experimentierfelder für die Partizipation von jungen Menschen. Hier lernen sie alles, was für ein selbstbestimmtes politisches Leben notwendig ist. Und das nicht theoretisch, durch Papiere und Vorträge, sondern quasi nebenbei im täglichen Handeln. Dazu gehören Bereitschaft und Fähigkeit zur Artikulation eigener Interessen, Wege und Möglichkeiten, diese durchzusetzen, ebenso wie der Umgang mit Konflikten. Kinder und Jugendliche lernen in der Gruppe und in der verbandlichen Zusammenarbeit auch, sich mit Gleichgesinnten zusammen zu tun, Kompromisse zu finden. Kooperation zählt, und Befehle „von oben“ werden kritisch hinterfragt.“

Demografischer Wandel

Von den Ende 2015 knapp über 4 Millionen in Rheinland-Pfalz lebenden Menschen, waren ca. 560.000 Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren und ca. 175.000 junge Menschen zwischen 16 und 20 Jahren. Zusammen ist das knapp ein Fünftel der rheinland-pfälzischen Bevölkerung – auch diese Gruppe verdient adäquate politische Vertretung.

Bemerkenswert ist auch der Blick auf die zukünftige Altersverteilung. Die Gruppe der unter 20-jährigen wird sich bis 2030 um 10 % verringern (um 29% bis 2060), die Gruppe der über 65-jährigen wird sich dagegen um 34 % erhöhen (um 35% in 2060). Allein rein zahlenmäßig wird es für „die Jugend“ also immer schwerer, sich bei demokratischen Entscheidungen zu vertreten.

Wir begrüßen es daher sehr, dass in dem Antrag darauf hingewiesen wird, Jugendliche beim Thema Demografie stärker in den Blick zu nehmen. Auch die Autor*innen des 2. Rheinland-pfälzischen Kinder- und Jugendberichtes befürworten dies. Das Thema Jugend sollte daher **in die Demografiestrategie und demografiestrategische Dialogprozesse des Landes eingebunden** werden. Gerade weil die absolute Wähler*innenzahl der Älteren deutlich die der Jüngeren übersteigt ist es wichtig, den Bedürfnissen der Jugend Gehör zu verschaffen und sich für einen angemessenen Interessenaustausch und –ausgleich einzusetzen. Die Betrachtung von Jugend und jugendbezogenen Investitionen sollte nicht nur unter Gesichtspunkten ökonomischer Renditen, sondern auch unter Fairnessaspekten unter den Generationen erfolgen.

Teilhabe

Teilhabe bedeutet auch, dass benachteiligte junge Menschen einbezogen werden. Der Anteil an von Armut betroffenen Jugendlichen in Rheinland-Pfalz ist zwar im bundesdeutschen Vergleich unterdurchschnittlich, dennoch verdienen auch diese Jugendlichen Aufmerksamkeit. Wir begrüßen daher die Stärkung der aufsuchenden Jugendsozialarbeit durch das Förderprogramm der Landesregierung. Auch im Bereich der Armut lag der Fokus der letzten Jahre im Bereich der Kindheit. **Jugendarmut ist jedoch ein eigenständiges Phänomen**, welches spezifischer Lösungsanforderungen

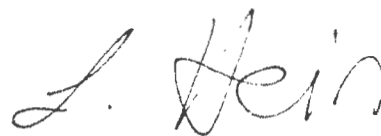
bedarf. Dies gilt auch für die Berichterstattung, in der eine **differenzierte Betrachtung der unterschiedlichen Lebensphase** vonnöten ist.

Damit das Leben und Aufwachsen im ländlichen Raum nicht zu Benachteiligung der Jugendlichen dort führt, ist es wichtig, ggf. Maßnahmen zum Ausgleich regionaler Disparitäten umzusetzen, damit die Zukunftschancen junger Menschen nicht weiter auseinanderdriften. Das Förderprogramm der Landesregierung zur Jugendarbeit im ländlichen Raum begrüßen wir zwar prinzipiell, unabhängig davon, muss der Aufbau und das **Vorhalten einer umfänglichen, stabilen Struktur von professionellen Pädagog*innen im ländlichen Raum** Ziel bleiben – auch als Standortfaktor! **Jugendarbeit muss flächendeckend Bestandteil (kommunaler) Infrastruktur werden.**

Der Landesjugendring Rheinland-Pfalz e.V. ist Partner des Landes in jugendpolitischen Fragen und insbesondere der eigenständigen Jugendpolitik. Das Ziel sich für das gelingende Aufwachsen von Jugendlichen in unserer Gesellschaft einzusetzen wird gemeinsam weiter verfolgt. Der Landesjugendring bedankt sich für die vielen Gespräche im Vorfeld und die Einbindung in den Prozess, sowie die Möglichkeit die wichtigsten Argumenten im Rahmen der mündlichen Anhörung noch einmal genauer erläutern zu können. Der Jugend unseres Landes wird durch Antrag und Anhörung Raum und Wertschätzung in der politischen Debatte entgegen gebracht. Wir beteiligen uns sehr gerne, selbstverständlich auch bei künftigen Bedarf, an diesem Diskussionsprozess.



Volker Steinberg
- Vorsitzender -



Leonie Hein
- Vorsitzende -

Der Landesjugendring Rheinland-Pfalz e.V. ist als Arbeitsgemeinschaft organisiert, in der zur Zeit 22 Kinder- und Jugendverbände in Rheinland-Pfalz zusammengeschlossen sind. Jugendverbände sind Orte der Demokratiebildung. Ihr Hauptprinzip ist die Freiwilligkeit. Kinder und Jugendliche haben dort die Möglichkeit, aktiv und selbstbestimmt mitzugestalten, mitzubestimmen, Verantwortung zu tragen, sich selbst zu organisieren und Demokratie zu lernen und zu praktizieren. Jugendverbände wollen und werden mit anderen Demokrat*innen die demokratische Gesellschaft weiter stärken! Zudem fungiert der Landesjugendring als Ansprechpartner für die kommunalen Jugendringe. Der Landesjugendring vertritt als gemeinnütziger Verein die Interessen seiner Mitgliedsverbände sowie aller Kinder und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz gegenüber Politik und Gesellschaft.